



## Dr. Hermann Otto Solms, MdB

Finanzpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

FDP im Deutschen Bundestag – 11011 Berlin

Herrn  
Ekhard Schumann  
Bonhoefferstr. 25  
33161 Hövelhof

Berlin im Juni 2009

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in dieser Legislaturperiode hat sich die FDP-Bundestagsfraktion in vielen Initiativen stark gemacht für Entlastungen der Bürger und Unternehmen. Eine Steuerreform für einfache, niedrige und gerechte Steuern ist und bleibt das Ziel. Steuersenkungen und die Gesundung der öffentlichen Haushalte sind für uns keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Wir wissen, dass das eine Herkulesaufgabe ist, die wir in mehreren Schritten angehen wollen, damit sich die Bürger und Unternehmen mit einer klaren Perspektive auf die jeweiligen Änderungen einstellen können:

1. Der Staat hat kein Einnahmeproblem. Trotz Krise werden die Steuereinnahmen bis 2013 Jahr für Jahr 40 Milliarden Euro über den Durchschnittseinnahmen der vergangenen vier Jahre liegen. Nicht beim Staat klafft ein Haushaltsloch - sondern bei den Bürgern, denn die Steuerbelastung der Bürger ist um 40 Milliarden Euro gestiegen. Sie haben einen Anspruch darauf, dass diese Mehrbelastung zurückgenommen wird.
2. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist kein Grund, die Steuerstrukturreform abzusagen. Im Gegenteil – die Steuerreform erleichtert den Weg aus der Rezession, weil sie die Wirtschaft ankurbelt. 90 Prozent der Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft werden im privaten Sektor erbracht. Entlastungen und Erleichterungen für Bürger und Unternehmen sorgen für mehr Konsum und Investitionen, so dass Wachstum und Beschäftigung steigen. Kein staatliches Ausgabenprogramm kann diesen Effekt ersetzen.

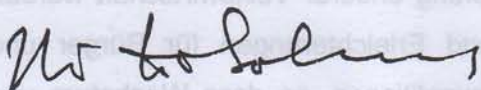


3. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Jede Absenkung der Steuersätze hat im Ergebnis die Wirtschaft durch mehr Investitionen und Arbeitsplätze belebt und dadurch zu Steuermehreinnahmen geführt. Dieser so genannte Selbstfinanzierungseffekt in Milliardenhöhe ist unbestritten. Er ist damit Voraussetzung für die Stärkung der Staatseinnahmen und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.
4. Keine Steuerstrukturreform ohne eine Durchforstung der öffentlichen Ausgaben: Die FDP-Bundestagsfraktion hat in den letzten Jahren jeweils ein „Liberales Sparbuch“ vorgelegt. Es listet präzise auf, wo überall Bundesmittel hin fließen, die besser in eine gerechte Steuerreform gesteckt und zur Schuldentilgung genutzt werden könnten. Zuletzt waren das über 400 Posten im Umfang von gut 10 Milliarden Euro. Dazu kommen Gelder, die mittelfristig durch Strukturreformen frei werden (s. Anlage) und zu Einsparungen in zweistelliger Milliardenhöhe führen.
5. Das Volumen der Schwarzarbeit betrug im Jahr 2008 rund 350 Milliarden Euro. Bei sinkender Arbeitslosigkeit infolge einer Steuerreform geht die Schwarzarbeit automatisch zurück. Zusätzliche Maßnahmen wie Änderungen beim Umsatzsteuerrecht (Ist-Versteuerung) oder die Absetzbarkeit der Betreuungskosten helfen noch einmal, Schwarzarbeit in reguläre Beschäftigung zurück zu holen. Sinkt das Schwarzarbeits-Volumen bloß um 20 Prozent (70 Mrd. Euro), ergeben sich daraus etwa 30 Prozent an Steuermehreinnahmen – das sind mehr als 20 Milliarden Euro.

Das alles zeigt: Eine gerechte Steuerreform ist möglich und nötig. Die Situation der öffentlichen Haushalte wird dadurch auf Dauer besser statt schlechter und die Neuverschuldung wird abnehmen statt wie bisher zu steigen.

Mehr Informationen dazu und zu unserer parlamentarischen Arbeit im Deutschen Bundestag finden Sie unter [www.fdp-fraktion.de](http://www.fdp-fraktion.de). Gerne können Sie uns auch direkt kontaktieren unter Tel. 030 / 227-52378 oder per Email an [pressestelle@fdp-bundestag.de](mailto:pressestelle@fdp-bundestag.de).

Mit freundlichen Grüßen





Die Vorschläge beruhen u.a. auf Gutachten und Berichten neutraler Organisationen sowie auf Angaben und Berechnungen der Finanzverwaltung. Es ist zu beachten, dass einige Vorschläge erst im Folgejahr ihre volle Wirkung entfalten und einige erst in mehreren Stufen.

Effizienterer Einsatz von Personal in der Finanzverwaltung in Folge eines einfacheren Steuerrechts und des Wegfalls der Zinsabschlagsteuer <sup>(1)</sup>	+1,8 Mrd. €
Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs <sup>(2)</sup>	+2,0 – 3,0 Mrd. €
Nutzung von Kostensenkungspotentialen beim Einkauf von Leistungen für den Schienenpersonennahverkehr <sup>(3)</sup>	+1,0 Mrd. €
Neustrukturierung der BA <sup>(4)</sup>	+3,9 Mrd. €
Wegfall des Umsatzsteuerprivilegs der Deutschen Post	+0,5 Mrd. €
Stärkere Bündelung öffentlicher Einkäufe <sup>(5)</sup>	+5,0 Mrd. €
Subventionsabbau <sup>(6)</sup>	+4,0 Mrd. €
Privatisierung von Bundesvermögen <sup>(7)</sup>	+3,0 Mrd. €
Selbstfinanzierungseffekt <sup>(8)</sup>	+4,0 – 5,0 Mrd. €

#### Erläuterungen:

- (1) Landesrechnungshof Baden-Württemberg. Der effektivere Einsatz von Personal in der Finanzverwaltung führt allein in Baden-Württemberg zu Mehreinnahmen von 362 Mio. €. Für alle Länder und den Bund werden die Mehreinnahmen auf 1,8 Mrd. € geschätzt.
- (2) Durch Missbrauch des Vorsteuerabzugs kommt es zu jährlichen Steuerausfällen von 14 – 17 Mrd. €. Der Versuch der Bundesregierung, das sog. reverse-charge-Verfahren zur Bekämpfung des Missbrauchs einzuführen, ist in der EU gescheitert. Die FDP fordert eine Reform der Umsatzsteuer durch Übergang von der Soll- auf die Istbesteuerung, verbunden mit erheblich mehr Kontrollen bei hohen Vorsteuerbeträgen. Dadurch würde der Missbrauch des Vorsteuerabzugs stark eingeschränkt. Die Annahme von 2 – 3 Mrd. € entspricht einer sehr konservativen Schätzung.
- (3) Sondergutachten Nr. 49 der Monopolkommission (Wettbewerbs- und Regulierungsversuche im Eisenbahnverkehr), April 2007, S. 76: Die Länder kaufen mit sog. Regionalisierungsmitteln des Bundes jährlich für rund 5 Mrd. € Leistungen ein. Durch Ausschreibungswettbewerbe ließen sich Effizienzpotentiale und Kostensenkungspotentiale von etwa 20 %, also rd. 1 Mrd. € realisieren.
- (4) Die FDP hat umfangreiche Vorschläge für eine Neuorganisation der Bundesagentur für Arbeit unterbreitet. Vor allem Ineffizienzen sollen abgebaut werden.
- (5) Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, August 2007: Bund, Länder und Gemeinden könnten jährlich 36 Mrd. € sparen, wenn sie ihren Einkauf effizienter organisieren. Der öffentliche Einkauf bindet mit einem Volumen von über 15 % des Bruttoinlandsprodukts in erheblichem Maß staatliche Mittel. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge spielen vergabefremde Ziele eine immer größere Rolle. Die im internationalen Vergleich geringe Transparenz bei der Auftragsvergabe und ein zu komplexes Vergaberecht behindern ebenfalls die Wirtschaftlichkeit. Vorgeschlagen wird eine Beschränkung der Einbindung vergabefremder politischer Ziele, eine Optimierung der Bündelung im öffentlichen Einkauf z.B. durch die Zusammenlegung von Vergabestellen innerhalb von Behörden, die Einrichtung von Serviceeinheiten und eine grundlegende Vereinfachung des Vergaberechts. Wir berücksichtigen sehr zurückhaltend ein Einsparvolumen von 5 Mrd. €.
- (6) Nach dem 21. Subventionsbericht der Bundesregierung (BT-Drucks. 16/6275) stagnieren die Subventionen bei rd. 58 Mrd. € für das Jahr 2008. Allein auf den Bund entfallen Finanzhilfen und Steuervergünstigungen von 21,462 Mrd. €.
- (7) In der mittelfristigen Finanzplanung sind von 2009 bis 2011 insgesamt 18,9 Mrd. € an Privatisierungserlösen eingeplant (2009: 4,6 Mrd. €, 2010: 7,5 Mrd. €, 2011: 6,8 Mrd. €). Angesetzt werden 3,0 Mrd. €.
- (8) Nach einem Gutachten des DIW kann eine umfassende Steuerreform zum Aufbau von bis zu 400.000 Arbeitsplätzen führen. 100.000 neue Arbeitsplätze ergeben nach einer Faustformel 1,5 Mrd. € staatliche Mehreinnahmen/Minderausgaben.